



Jetzt schlägt die Stunde der Taktiker

Am Donnerstag bat der Kanzler die Chefinnen und Chefs der Opposition zum Gespräch; alle außer einer ließen sich vertreten.

WIEN. Legt es Bundeskanzler und ÖVP-Chef Sebastian Kurz darauf an, kommende Woche durch ein Misstrauensvotum des Nationalrats gestürzt zu werden? Die Oppositionsparteien (zu denen neuerdings wieder die FPÖ gehört) fühlten sich in den vergangenen Tagen jedenfalls nicht oder nur verspätet informiert. Am Donnerstag bat der Kanzler dann die Chefinnen und den Chef der vier Oppositionsfaktionen zu einem ausführlichen Treffen. Doch nun war es wiederum die Opposition, die sich einem Spitzentreffen weitgehend verweigerte.

SPÖ-Vorsitzende Pamela Rendi-Wagner ließ sich durch Vizeklubchef Jörg Leichtfried vertreten, FPÖ-Chef Norbert Hofer durch Klubchef Walter Rosenkranz. Dies könnte darauf hindeuten, dass diese beiden Parteien an einer Duldung der Regierung nicht interessiert sind und den Kanzler abwählen wollen. Auch Liste-Jetzt-Chefin Maria Stern ließ sich vertreten – durch Peter Pilz. Nur Neos-Chefin Beate Meinel-Reisinger erschien in eigener Person. Sie appellierte an ihre Kollegen, sich Gesprächen nicht zu verweigern, während Leichtfried und Rosenkranz von Kurz „vertrauensbildende Maßnahmen“ einforderten und Pilz für seinen Misstrauensantrag warb. Offen blieb damit, ob das Angebot von

Kurz, die Opposition ab sofort einzubinden, angenommen wird.

Laut Josef Kalina, einst enger Berater roter Bundeskanzler und Bundesgeschäftsführer der SPÖ, könnte die über Sebastian Kurz schwebende Gefahr bei der EU-Wahl am Sonntag mobilisierend auf die ÖVP-Wähler wirken und diese zu den Urnen treiben. „Was ich mir aber schwer vorstellen kann, ist, dass es Sebastian Kurz tatsächlich darauf anlegt, gestürzt zu werden“, sagt Kalina, der heute eine Agentur für

„Kurz beim Papst! Solche Bilder sind durch nichts zu ersetzen.“

Josef Kalina, Berater

Kommunikationsberatung betreibt. Denn eine Abwahl Kurz' würde dessen Siegerimage arg ramponieren. Es würde der Eindruck entstehen, der Kanzler habe zu hoch gepokert beziehungsweise sich selbst überdrückt. „Sebastian Kurz wäre daher besser beraten, würde er alles tun, um der Opposition die Zustimmung zum Misstrauensantrag zu erschweren“, sagt Kalina. Er müsse also dringend Gespräche mit SPÖ, FPÖ und Liste Jetzt führen, um seine Abwahl durch diese Fraktionen zu verhindern.

Dies nicht zuletzt, weil es ein „unschätzbare Vorteil“ sei, als Bundeskanzler in den Nationalratswahlkampf zu ziehen. „Allein schon wegen der Bilder! Kurz bei Putin. Kurz beim Papst. Kurz, wie er mit Theresa May den Brexit erörtert: Solche Bilder sind im Wahlkampf durch nichts zu ersetzen“, sagt Kalina. Und die SPÖ? Dort habe man sich bereits festgelegt. „Ich sehe kaum mehr eine Möglichkeit für die SPÖ, vom Misstrauensantrag gegen den Kanzler Abstand zu nehmen“, sagt Kalina.

Heidi Glück, einst Sprecherin von Kanzler Wolfgang Schüssel und heute Inhaberin einer Strategie- und Kommunikationsagentur, kann dem Vorwurf, dass Kurz die Opposition zu wenig einbinde, nur wenig abgewinnen. Noch weniger kann sie einem Misstrauensvotum gegen den Kanzler abgewinnen. „Die Menschen würden es nicht positiv bewerten, würde das Parlament den Kanzler stürzen“, meint sie. Schließlich habe auch der Bundespräsident Stabilität eingemahnt, dies sei wohl auch der Wunsch der Wählermehrheit, und ein Misstrauensvotum würde diesem Wunsch eindeutig widersprechen.

Am Freitag gehen die Gespräche des Bundeskanzlers mit den Mächtigen des Landes weiter: Die Landeshauptleute sind geladen. **a.k.**

Kickl wird FPÖ-Klubchef

WIEN. Nach dem Ibiza-Skandal und dem Austritt aus der Regierung bleibt in der FPÖ kein Stein auf dem anderen: Volksanwalt Peter Fichtenbauer, der gern um eine weitere Periode verlängert hätte, muss das Feld räumen. Ihm wird im Juli Walter Rosenkranz, derzeit FPÖ-Klubchef im Parlament, nachfolgen, erfuhren die SN aus gut informierten FPÖ-Kreisen. Seinen Posten soll Herbert Kickl, bis vor zwei Tagen Innenminister, übernehmen. Kickl gilt als Signal für harte Oppositionspolitik, die FPÖ rechnet offenbar derzeit nicht damit, nach der Nationalratswahl wieder in der Regierung zu sein. **pef**

1,50 Euro: Ratz kippt Verordnung

WIEN. Der neue Innenminister Eckart Ratz hat am Donnerstag zwei Entscheidungen rückgängig gemacht, die sein Vorgänger Herbert Kickl (FPÖ) kurz vor seiner Absetzung getroffen hatte. Laut einer Aussendung nimmt Ratz die Verordnung zurück, durch die der Stundenlohn für gemeinnützige Tätigkeiten von Asylbewerbern auf 1,50 Euro sinken sollte. Zudem wurde Peter Goldgruber als Interimsleiter der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit abberufen. Bundespräsident Alexander Van der Bellen hatte bereits klargestellt, dass er einer formellen Bestellung Goldgrubers zum neuen Generaldirektor nicht zustimmen wird. **SN/APA**

Ein Misstrauensvotum und seine Folgen

WIEN. Die Liste Jetzt besteht nun nicht mehr auf den bereits fertigen Misstrauensantrag gegen Kanzler Sebastian Kurz. Man sei auch für andere Varianten offen, sollten SPÖ und FPÖ damit besser leben können, erklärte Peter Pilz am Donnerstag. Zur Debatte stehen nun ein Misstrauensantrag gegen Kurz, einer gegen Kurz und die ÖVP-Minister und einer gegen die ganze Regierung.

Bei einem erfolgreichen Misstrauensantrag gegen den Kanzler könnte „theoretisch noch am selben Tag ein neuer Bundeskanzler ernannt werden“, betont Parlamentarismus-Experte Werner Zögernitz. Ein neuer Bundeskanzler könne die bestehenden Minister übernehmen, müsse dies rein rechtlich aber nicht tun.

Solange nach einer Amtsübernahme nur des Kanzlers noch kein neuer Kanzler ernannt ist, führte in Österreich der Vizekanzler die Geschäfte. Am Dienstag beim Nachwahl-EU-Gipfel in Brüssel könnte der aber nicht teilnehmen, weil nur Staats- und Regierungschefs vertreten sind. Laut Europarechtlern könnte aber ein anderer Regierungschef unseren vertreten.

Die Möglichkeiten, die dräuende Abberufung von Kurz im Parlament zu verzögern, halten sich in Grenzen. 37 Mandate (1/5 der Abgeordneten) könnten die Abstimmung auf den zweitnächsten Werktag (also den Mitt-

woch) verschieben. Die ÖVP hat am Donnerstag angekündigt, das nicht zu tun. Die SPÖ scheint noch zu überlegen. „Das kann einen zusätzlichen Verhandlungstag bringen oder auch nur die Debatte verlängern“, sagt Zögernitz. Immerhin: Wenn alle FPÖ-Abgeordneten den Saal verlassen, hätten SPÖ und Jetzt keine Mehrheit für den Antrag, da die Neos ankündigten, aus Gründen

Und wenn die FPÖ die Abstimmung freigibt?

der Staatsräson nicht mitzugehen. Spannend könnte es werden, wenn die FPÖ für ihre Mandatäre die Abstimmung freigibt. Die ÖVP hat 61 Mandate, die Neos zehn, die SPÖ 52, Jetzt sieben, die FPÖ 51, dazu kommen zwei „wilde“ Abgeordnete.

Eine geschäftsführende Beauftragung eines des Amtes entthobenen Kanzlers mit der Weiterführung der Geschäfte bis zur Ernennung eines Nachfolgers ist nicht möglich. Eine erneute Beauftragung von Kurz als Kanzler durch den Bundespräsidenten wäre laut Zögernitz theoretisch möglich und könnte Zeitgewinn bis zum nächsten Misstrauensantrag bei einer binnen acht Tagen einberufenen nächsten Sondersitzung bringen. Das wäre aber klar gegen den Willen des Parlaments und werde schon deshalb in der Praxis keine Rolle spielen. **schli**

Hat Sebastian Kurz die SPÖ ausreichend eingebunden?

In **erstaunlich** kurzer Zeit hat Kanzler Sebastian Kurz gemeinsam mit dem Bundespräsidenten eine respektable Übergangsregierung auf die Beine gestellt. Dass er in dieser kurzen Zeit nicht ausführlich mit der Opposition konferiert hat, mag inszenatorisch ein Fehler gewesen sein, sachlich war es völlig gleichgültig. Denn was hätte Kurz mit Pamela Rendi-Wagner oder mit Maria Stern lange konferieren sollen? Die beiden haben ja selbst in der eigenen Partei kaum etwas zu reden.

Personell ist der Kanzler der SPÖ durchaus entgegengekommen – vor allem in der Person des Sozialministers –, aber darum geht es ja gar nicht. Die SPÖ möchte nur eines, und das ist der Skalp

von Sebastian Kurz. Das ist aus ihrer Sicht verständlich: Kurz hat die Kanzlerschaft von Christian Kern beendet, also möchte die SPÖ jetzt die Kanzlerschaft von Sebastian Kurz beenden. Auge um Auge, Zahn um Zahn. So ist das halt in der Politik – auch um den Preis einer Staatskrise.

Ob die Rachegefühle mit dem Argument der mangelnden Einbindung verbrämt werden oder mit etwas anderem, ist letztlich egal. Kurz hätte 24 Stunden mit Rendi-Wagner verbringen und Victor Adler persönlich zum neuen Innenminister machen können, die SPÖ hätte ihren Misstrauensantrag trotzdem gestellt.

ALEXANDER.PURGER@SN.AT



PRO & KONTRA

ALEXANDER PURGER
ANDREAS KOLLER

Am **Donnerstag** – also am Tag sechs der Regierungskrise – hat sich der Bundeskanzler also ernsthaft mit Vertretern der übrigen Parlamentsparteien zusammengesetzt, um über Auswege aus dem Schlamassel zu reden. Das ist eindeutig zu spät für einen Regierungschef, der über keine parlamentarische Mehrheit verfügt und der auf die Zustimmung der Opposition angewiesen ist, will er seine Kanzlerschaft retten. Klar, der Kanzler ist derjenige, der dem Bundespräsidenten die Minister vorschlagen darf. Und der Kanzler ist derjenige, der über den Kurs der Regierung entscheidet. Diese Grundätze zerbröseln aber in dem Moment, in dem nur noch eine Minderheit der Nationalratsabgeordnete

hinter dem Kanzler steht und dieser jederzeit von der Oppositionsmehrheit gestürzt werden kann. In diesem Fall empfiehlt es sich für einen Regierungschef, ständig und vor allem frühzeitig das Gespräch zu suchen. Und die Opposition bei wichtigen Entscheidungen – etwa darüber, wer Minister wird – einzubinden.

Fast könnte man glauben, der Kanzler habe es darauf angelegt, gestürzt zu werden. Mit dem Hintergedanken, danach, ähnlich wie Napoleon, der einst vom Exil in Elba triumphal wiederkehrte, mit Pomp auf den Thron zurückzukehren. Bei Napoleon ist das übrigens nicht lange gut gegangen.

ANDREAS.KOLLER@SN.AT